Einzelnummer 1 K.

Redaktion und [illegible] Mährisch-Ostrau [illegible] Manuskripte auch [illegible] werden nur ohne Gewähr [illegible]nommen und aufbewahrt [illegible] Verpflichtung zur Rücksendung wird nicht anerkannt. Sprechstunden der Redaktion täglich von 11 bis 12 Uhr vormittags. Eigentum des „Jüdischer Verlages“ reg. Gen. m. b. H. in Mährisch-Ostrau. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Dr. Hugo Herrmann in Mähr.-Ostrau.

3. Jahr.

Jüdisches Volksblatt

Nr. 10

Abonnement monatl. K 7.— ¼jährl. K 20.—

Das „Jüdische Volksblatt“ ist kein Lokalblatt, sondern als Versandzeitung dazu berufen, den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der bewußten Judenschaft im ganzen tschecho-slowakischen Staate und in Galizien zu dienen. — Inserate kosten 30 h für die 3fach gespaltene Millimeterzeile. Anträge für Inserate übernehmen außer der Administration alle größeren Annoncenexpeditionen. Erscheint jeden Dienstag und Freitag.

Freitag, 4. II. 1921.

26. Schebet 5681.

Keren Hajessod.

Die Arbeit in der Schweiz.

Obschon die jüdische Gesamtbevölkerung der Schweiz nur etwa 20.000 Seelen beträgt, haben sich die Zionisten der Schweiz anläßlich der in Baden und Basel abgehaltenen Tagungen des Landeskomitees entschlossen, die Keren Hajessod-Aktion mit aller Energie durchzuführen, damit das Judentum des Landes der zionistischen Kongresse und des Völkerbundes seine Pflicht, am Aufbau von Erez Israel mitzuwirken, erfüllen kann. Zunächst galt es, weitere jüdische Kreise über die Zweckbestimmung des Keren Hajessod aufzuklären und mit den Zionisten in verschiedenen Zentren zwecks Vereinheitlichung der Aktion in Fühlung zu treten. Zu diesem Zwecke reisten die Vertreter des Zentralkomitees des Schweizerischen Zionistenverbandes Dr. S. Braunschweig (Präsident), Jacques Marx (Vizepräsident) und Dr. M. Schabad (Zentralsekretär) nach Zürich und nach Bern. In Bern waren sie von Herrn Moritz Levy, Delegierter der Schweiz, an der Jahreskonferenz begleitet. Der Präsident und der Sekretär des Zionistenverbandes hielten ferner Propagandavorträge in Genf, anläßlich der Eröffnung der Völkerbundversammlung, letzterer auch in Basel, Baden, Luzern und Zürich. In Basel wurde vom Zentralkomitee unter Mitwirkung der Vereine Zion und Misrachi eine Keren Hajessod-Kommission gebildet, die ihre Taxierungs- und Kontingentierungsarbeit kürzlich beendete und im Begriffe ist, das Inkasso der Abgaben zu beginnen. Auch in St. Gallen und Bern ist die Arbeit in Angriff genommen. In St. Gallen machte sich um die Propaganda unter anderem Herr Dow Kadischowitz verdienstlich. Der Vortragspropaganda parallel ging die Propaganda in der jüdischen Presse des Landes.

Am 19. Dezember sprach Herr Nahum Sokolow nach Schluß der Völkerbundversammlung dreimal öffentlich in Basel mit außerordentlichem Erfolg. Er nahm bei dieser Gelegenheit auch mit nichtorganisierten jüdischen Kreisen Fühlung. Das Landeskomitee des Schweizerischen Zionistenverbandes nahm im Anschluß an das Referat von Herrn Sokolow nachfolgende Resolution an:

> Das am 19. Dezember 1920 im Großratsaal des Baseler Rathauses in außerordentlicher Tagung versammelte erweiterte Landeskomitee des Schweizerischen Zionistenverbandes, nach Anhörung eines Referates von Nahum Sokolow über die aktuellen

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Die jüdischen sozialistischen Parteien und Palästina.

Von Jechiel Halpern, Wien.

Die Stellung der verschiedenen jüdisch-sozialistischen Parteien und Gruppen zum Zionismus ist bekanntlich keineswegs einheitlich. Viele leugnen überhaupt die Möglichkeit einer beträchtlichen, ständigen Palästina-Emigration jüdischer Massen, andere glauben eine solche Möglichkeit zu sehen, messen ihr aber keine andere Bedeutung bei als jeder anderen jüdischen Massenwanderung nach irgend einem Lande; ein Teil der jüdischen Arbeiterschaft endlich sieht in der Palästinawanderung besondere Konzentrationstendenzen und den Keim der Schaffung eines jüdischen Staates durch die Entwicklung einer jüdischen Mehrheit in Palästina. Wovon aber am wenigsten gesprochen wird, was mir jedoch als das wichtigste erscheint, das ist die soziale Umwälzung im jüdischen Leben, die durch eine Massenemigration nach Palästina bedingt ist. Das wichtigste ist nicht die Entstehung einer jüdischen Mehrheit in irgend einem Lande, sondern die soziale Umschichtung der jüdischen Massen, die im Palästinismus ausgedrückt ist. Denn die Auswanderung nach Palästina bedeutet für die weit überwiegende Mehrheit der jüdischen Emigranten in erster Reihe nicht vor allem Wechsel des Wohnortes, sondern Wechsel der Berufe; nicht nur Uebersiedlung von einem Lande in ein anderes, sondern vor allem Uebergang aus einer sozialen Schicht in eine andere. Es genügt ein Vergleich zwischen den allgemeinen statistischen Ziffern über die Berufe der Auswanderer nach Palästina und über jene der Neueingewanderten in Palästina, um zu erkennen, welche Revolution im sozialen Sinne der Palästinismus für das jüdische Volk bedeutet. Mit Ausnahme einer verhältnismäßig geringen Zahl jüdischer Kaufleute und Beamten, die in Palästina ihre frühere Berufstätigkeit fortsetzen, ist die Uebersiedlung nach Palästina fast für jeden Emigranten ein Berufwechsel. Sie ist es für die deklassierten Luftmenschen, die sich in Palästina produktiver Arbeit widmen, sie ist es für die meisten auswandernden Händler und Vermittler, die zur Handarbeit übergehen, sie ist es schließlich für die große Masse der jüdischen Jugend, die die Schulbank, das Politisieren oder die Geschäfte ihrer Väter, denen sie zu Hause behilflich waren, verläßt, um sich physischer Arbeit, zumeist auf dem Lande, zu widmen.

Die Palästinawanderung ist aber auch für die auswandernden jüdischen Arbeiter selbst von revolutionärer Bedeutung. Sie sind im Galuth, wie man weiß, nahezu völlig von der Urproduktion ausgeschlossen und an der Landwirtschaft und Großindustrie so gut wie nicht beteiligt. Obwohl produktiv, bleiben sie doch fast immer in den gesellschaftlich wenig bedeutenden, wirtschaftlich rückständigen Produktionszweigen stecken. Dadurch erklärt sich auch ihr geringer Einfluß auf das politische und soziale Leben in ihren Wohnländern. In Palästina zeigt sich da eine grundlegende Umwälzung. In Palästina dringen die jüdischen Arbeiter in die Landwirtschaft ein und besetzen in der Industrie, soweit eine solche in Palästina bereits besteht und die Zahl der jüdischen Arbeiter ausreicht, die am höchsten entwickelten Zweige. In ihren Händen konzentrieren sich immer mehr und mehr die wichtigsten Nerven der palästinensischen Wirtschaft. So bedeutet die Palästinawanderung für uns eine vollkommene soziale Umwälzung.

Es ist bezeichnend für die Entfremdung unserer „Radikalen“ vom jüdischen Leben, daß sie diese Umwälzung nicht einmal bemerken. Sie deklamieren unaufhörlich von der kommenden sozialen Revolution und sind blind für die gewaltige Bedeutung der Ereignisse, die sich vor ihrer Nase abspielen. Unser sozialer Organismus ist der schwächste von allen und die soziale Neugestaltung, die sich in der ganzen Welt zeigt, hat daher bei uns schon ganz konkrete Formen angenommen. Nur findet bei uns diese Neugestaltung in einer spezifischen, unseren Verhältnissen entsprechenden Art statt. Bei uns kann ja keine Rede sein von der Uebernahme der politischen Macht oder von einer Enteignung der jüdischen Bourgeoisie. Wir besitzen ja keine politische Macht und die jüdische Macht und die jüdische Bourgeoisie bildet einen organisierten Teil der Bourgeoisie des Landes oder gar der internationalen Bourgeoisie. Soziale Revolution kann und muß bei uns nur heißen: Vergrößerung der jüdischen arbeitenden Gesellschaft, Eindringen in die gesellschaftlich wichtigen und bedeutungsvollen Produktionszweige und Schaffung einer Basis für einen selbständigen erfolgreichen sozialen Kampf. Der Weg zu diesem Ziele ist der Palästinismus.

Das die soziale Umwälzung bei uns sehr tief geht, beweist die Tatsache, daß sie ihre eigene, sehr verbreitete Ideologie besitzt. Während es vor Jahrzehnten nur Einzelne waren, sind es jetzt Tausende und Zehntausende, die ihre Bücher und ihre persönlichen Bequemlichkeiten verlassen, um zur produktiven Arbeit überzugehen. Welche soziale Umwälzung hat jemals einen stärkeren Ausdruck gehabt?

Welche Folgerungen hat jede jüdische sozialistische Bewegung aus dieser sozialen und geistigen Revolution im jüdischen Leben zu ziehen? Gerade bei den heutigen fließenden Verhältnissen wäre es töricht, einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen zwischen den jüdischen Arbeitern als Mitkämpfern einerseits und allen anderen Schichten als Gegnern und Feinden andererseits. Die jüdische palästinazentrische sozialistische Bewegung muß in ihrer weiteren Politik nicht nur die Interessen der jetzt schon der Arbeiterklasse Angehörigen verteidigen, sondern auch den großen jüdischen Arbeitermassen Rechnung tragen, die vorerst nur potentiell vorhanden sind. Der Rahmen der zionistischen sozialistischen Bewegung muß jetzt möglichst weit gefaßt werden. Es ist Kunst der Politik im besten Sinne des Wortes, die Entwicklungstendenzen zu erkennen, mögliche negative Erscheinungen zu vermeiden oder doch einzudämmen, die positiven möglichst zu fördern und ihre Entwicklung möglichst schmerzlos zu machen. Es ist Aufgabe einer jüdischen Arbeiterbewegung, den mühsam ringenden deklassierten Massen bei ihrem Streben zum Uebergang zu produktiver Arbeit hilfreich zu sein. Die jüdische Arbeiterklasse ist im jüdischen Organismus trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche die einzige relativ gesunde Klasse. Ihre Aufgabe ist es, sich an die Spitze der jüdischen Umschichtungsbewegung zu stellen, sie zu regulieren und zu leiten. Das ist zugleich eine Arbeit für die Nation und für die Klasse. Denn ohne Vergrößerung der jüdischen Arbeitergesellschaft und ohne Entstehung einer angemessenen Kampfbasis droht auch der schon vorhandenen jüdischen Arbeiterschaft Untergang und Deklassierung.

Jüdische und christliche Schulen.

Hans Goslar hatte im „Hamburger Israelitischen Familienblatt“ vor einiger Zeit einen Aufsatz für Einheitsfront und jüdische Schulen veröffentlicht. Er hatte sein energisches Eintreten für die jüdische Schule darauf gestützt, daß die übergroße Masse in Unkenntnis der Ueberlieferung und ihrer eigenen jüdischen Art heranwächst. Darauf erwiderte vom liberalen Standpunkt Hermann Becker. Goslar hat jetzt im gleichen Blatt sich mit seinem Gegner auseinandergesetzt. Er schreibt darin u. a.:

„Der Grundirrtum, die Basis, auf der alle Mißverständnisse meiner Forderungen durch Becker erwachsen sind, ist seine schematische Gleichstellung von Judentum und Christentum. Wenn man für jüdische Schülen lediglich das Staatsbürgerideal und die „Pflege des religiösen Bekenntnisses“ vor Augen hat, wenn man sich darauf beruft, daß ja christliche Kinder in soundsoviel Stunden ihren Katechismus lernen und verstehen können — dann allerdings wird man sich an allen Ecken und Enden an meinen — ein

Feuilleton.

Prof. Einstein und der „wissenschaftliche“ Antisemitismus.

Der „Wiener Morgenzeitung“ entnehmen wir folgende Zeilen, die bei der großen Popularität der Gelehrten auch für unsere Leser vom Interesse sein dürften:

Der zeitgenössische Antisemitismus ist schon seit Jahren bemüht, aus seinem Gemisch von Haß und Neid eine Art „Weltanschauung“ zu machen. Das Demagogentum des Schimpf- und Knüppelantisemitismus aus der Zeit der Ahlwart-Pückler oder Schönerer, Wolf seligen Angedenkens paßt nicht recht für den „vornehmen“ „wissenschaftlichen“ Antisemitismus.

Dieser Antisemitismus der „gebildeten“ Welt stützt sich in seinen Beweismitteln auf „Autoritäten“ wie Lagarde, Eugen Dühring, Adolf Bartels. Wo er sich ethnographisch oder rassenpsychologisch zu stützen sucht, taucht die Gestalt des Grafen Gobineau auf. Sein letzter Ausläufer ist Houston Stewart Chamberlain, dessen Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ (1899) in allen nationalistischen Kreisen enthusiastische Aufnahme fand und für das man auch den seinerzeitigen Kaiser Wilhelm zu interessieren wußte. Dieser Atmosphäre entspringt auch die Hetze gegen Professor Einstein und seine Relativitätstheorie, wie alle bisher inszenierten Angriffe auf Gelehrte und Entdecker jüdischer Abstammung, so beispielsweise auf Paul Ehrlich, Franz F. Friedmann, den Erfinder des Tuberkuloseserums, von diesem Kreise ausgegangen sind.

Die Verhandlungen des Naturforschertages in Nauheim am 23. September v. J. haben jedoch dem berühmten Entdecker der Relativitätstheorie die erwartete Genugtuung und Anerkennung seitens der hervorragendsten Vertreter seines Faches gegenüber den von antisemitischer Seite gegen ihn erhobenen Angriffen und Verleumdungen gebracht. Da einige Physiker noch an der Aethertheorie festhalten, die Einstein mit seiner Lehre preisgegeben hat, so fehlte es nicht an der Opposition gegen ihn, die namentlich von dem bedeutenden Experimentalphysiker Lenard-Heidelberg ausging. Einstein fand aber mit der sachlichen Widerlegung, die er diesem Gelehrten zuteil werden ließ, die Zustimmung der angesehendsten Vertreter der Physik in Deutschland, wie Planck, v. Laue, Weyl, Mie u. a. m. Als Berichterstatter mehrerer reichsdeutscher rechtsstehender Blätter, wie der „Deutschen Zeitung“, der „Deutschen Tageszeitung“, des „Reichsboten“, nahm der Ingenieur Paul Weyland an dem Kongreß teil, der, wie bekannt, die Hetze gegen Einstein inszenierte und geschäftlich auszubeuten versucht hat. Es ist überaus charakteristisch und bezeichnend, daß dieser Herr nach der Bloßstellung, die ihm in vollster Oeffentlichkeit durch die Veröffentlichung seines bekannten Briefes zuteil geworden ist, mit dreister Stirn seine gehässigen Angriffe fortsetzte, die nicht nur gegen Einstein, sondern auch gegen die Leitung des Naturforschertages gerichtet sind. Nach ihm soll Herr Einstein nicht sehr glänzend abgeschnitten haben. Viel maßgebendere Stellen jedoch als Herr Weyland behaupten gerade das Gegenteil. Dem großen Berliner Physiker Planck wirft er vor, daß er die Opposition einfach mundtot gemacht hätte, weil er sich mit Einstein wissenschaftlich und noch anders zu eng liiert habe, um anders handeln zu können. Zusammenfassend führt er unter anderem aus, „daß die Art und Weise der freien Forschung, wie sie von der Deutschen Physikalischen Gesellschaft verstanden wird, ein in der Geschichte der deutschen Wissenschaft beispielloser Skandal ist, und daß es wohl die höchste Zeit wird, daß in dieses Rattennest wissenschaftlicher Korruption einmal frische Luft kommt“. Derartige Invektiven des Herrn Weyland können den Angegriffenen, von denen nur der einzige Herr Einstein Jude ist, nur zur Ehre gereichen.

Fast gleichzeitig mit der Tagung dieses Naturforscherkongresses beschäftigte sich die führende wissenschaftlich-literarische Wochenschrift Englands, „The Athenaeum“, mit einem Artikel unter der Ueberschrift: „Eine Frage des Prestiges“ mit der Einstein-Affäre und ohne das Ergebnis des Naturforschertages abzuwarten, verlangt sie darin die Berufung des Gelehrten an eine englische Universität. In dem Artikel heißt es unter anderem: „Nichts hat mehr dazu beigetragen das Prestige Deutschlands zu heben als Einsteins Entdeckung der Relativitätstheorie . . . . . Nun sollte man natürlich annehmen, daß die Deutschen sich in tiefer Dankesschuld dem Manne verpflichtet fühlen, der in einem solchen Zeitpunkt des Krieges ihre Ueberlegenheit in den Künsten des Friedens dargetan hat. Aber der Mensch ist ein unnatürliches Tier und aus unbegreiflichen Gründen können die Deutschen die Tatsache nicht verdauen, daß Einstein Jude ist. Das ist zwar heutzutage nichts Außergewöhnliches; aber dem deutschen Nationalgefühl von heute ist es unerträglich, daß der größte mathematische Physiker seit Newton, außer daß er Deutscher ist, auch Jude sein soll. Deshalb schrieben rein-arische Wissenschaftler patriotische Artikel, in denen sie seine umwälzenden Gedankengänge angreifen, und rein-arische Studenten demonstrieren in seinen Vorlesungen, bis die Lage so unleidlich geworden ist, daß sich Einstein zu der Erklärung genötigt sieht, er werde Berlin für immer verlassen. Hier ist eine neue gute Gelegenheit für uns, selbst ein wenig mehr Prestige zu erwerben. Wir schlagen vor, eine englische Universität solle Einstein eine Professur anbieten auf so lange Zeit, bis die Deutschen einsehen, daß sie sich ihm gegenüber ebenso albern wie undankbar benommen haben. Wir haben keineswegs den Wunsch, die Deutschen ihres großen Mannes zu berauben, aber es wäre doch sehr hübsch, ihnen zu zeigen, daß wir ihn besser zu behandeln wissen als sie“ usw.

Aus diesem Artikel können wieder einmal die deutschen Hetzer ersehen, welchen, für das Ansehen Deutschlands schädigenden Eindruck

Keren Hajessod.

(Fortsetzung von Seite 1.

Aufgaben der Zionistischen Organisation spricht dem hochverehrten Präsidenten der Exekutive ihren Dank und ihr Vertrauen aus und beschließt in feierlicher Weise alle Anstrengungen zu unternehmen, um die in der Schweiz ansässigen Juden zur Mitwirkung an den Keren Hajessod heranzuziehen. Das Landeskomitee stellt fest, daß alle Juden der Schweiz, des Landes der zionistischen Kongresse und des Völkerbundes die heilige Pflicht haben, am Aufbau von Erez Israel mit allen Kräften teilzunehmen.

Es sind Maßnahmen getroffen worden, um die eingeborene jüdische Bevölkerung der Schweiz am nationalen und wirtschaftlichen Werk in Palästina in erhöhtem Maße zu interessieren. Die bisherigen Konferenzen und Versammlungen in der Schweiz haben bewiesen, daß man sich über die ungeheure Tragweite des Keren Hajessod Rechenschaft gibt. Es darf die Erwartung ausgesprochen werden, daß vor diesem heiligen Werke alle Meinungsverschiedenheiten zurücktreten werden. Die Juden der Schweiz werden sich des historischen Augenblickes würdig erweisen und ihre Pflicht vor Israel erfüllen.

Die Arbeit in Griechenland.

Herr David Florentin, Mitglied des Aktions-Komitees, hat sich Ende Dezember im Auftrag des Direktoriums des Keren Hajessod nach Griechenland begeben, um in Vertretung des Hauptbureaus des Keren Hajessod an der Konferenz der Zionistischen Föderation von Griechenland teilzunehmen, die am 26. Dezember 1920 in Saloniki stattfand.

In der Schlußsitzung der Konferenz hielt Herr Florentin ein Referat, wonach die nachstehende Resolution angenommen wurde:

„Die zweite Konferenz der griechischen Zionisten verpflichtet sich im Hinblick auf die entscheidende Bedeutung des Keren Hajessod für den Aufbau des jüdischen Nationalheims in Palästina, alle Anstrengungen zu machen, um in der vorgeschriebenen Zeit die Summe von 10 Millionen Drachmen, den vom Direktorium des Keren Hajessod kontingentierenden Betrag aufzubringen, wobei der Grundsatz des Maassier nach Möglichkeit anzuwenden ist".

Nach Ueberwindung einiger Schwierigkeiten konnte das Zentralkomitee der Zionistischen Föderation gebildet werden, welches seinerseits die ersten Mitglieder des Keren Hajessod-Komitee soll zu einer großen allgemeinen Keren Hajessod-Kommission für ganz Griechenland ausgestaltet werden. Herr Ascher Mallah wurde zum Präsidenten der Föderation wiedergewählt. Die Vertreter der Föderation in der Keren Hajessod-Kommission sind die Herren David Matalan, Ascher Mallah, M. Bonfantschi, A. Recanatti und Isaac Acheh. Die Bedeutendsten zionistischen und jüdischen Klubs und Institutionen sind in der Keren Hajessod-Kommission vertreten, welche wahrscheinlich aus 40—50 Mitgliedern für Saloniki und 100—120 Mitgliedern für ganz Griechenland, einschließlich Saloniki, bestehen wird. Die Exekutive der Kommission wird aus 10—15 Mitgliedern bestehen.

Herr Florentin hat inzwischen die verschiedenen jüdischen Zentren besucht, wo die Aussichten für die Arbeit günstig sind. Für Sonntag, den 9. Jänner ist eine große öffentliche Versammlung angesetzt, worauf die Arbeit beginnen wird. Herr Florentin wird zunächst noch 14 Tage in Saloniki arbeiten und sich hierauf auf eine Reise durch Alt- und Neugriechenland begeben, um die Aktion für den Keren Hajessod während der Monate Jänner und Februar überall zu beginnen und zu organisieren.

Es besteht durchaus die Möglichkeit, relativ große Summen aufzubringen, wenn die Arbeit wirklich gut organisiert ist und die harmonische Zusammenarbeit der verschiedenen organisierten Gruppen und die Hilfe der Jüdischen Gemeinde gesichert werden kann.

Der Betrag von 10 Millionen Drachmen, den das Direktorium vom griechischen Judentum verlangt, wurde zunächst als eine phantastische Zahl betrachtet. Man hat jedoch inzwischen die Aufbringung der Summe beschlossen und es sind alle Vorbereitungen für eine erfolgreiche Kampagne gemacht worden. Man hofft, ungefähr 4 Millionen in Saloniki aufzubringen (in der Zeit von 5—10 Jahren), 2 Millionen in Tracien und 2 Millionen in Klein-Asien (Smyrna und Umgebung).

Keren Hajessod in Jugoslawien.

In Jugoslawien ist ein Kuratorium für den Keren Hajessod mit dem Sitz in Zagreb gegründet worden. Der geschäftsführende Vorsitzende ist Herr Simo Spitzer, der sich für die Arbeit in einem so weitgehenden Maße zur Verfügung gestellt hat, daß es möglich war, vorläufig von der Anstellung eines Generalsekretärs abzusehen. In Serajewo ist ein besonderes Kuratorium für Bosnien und die Herzegowina, in Novisaz ein solches für die Wojwodina eingerichtet worden. Das Kuratorium in Sarajewo steht unter der Leitung des Oberrabiners und des Vorsitzenden der dortigen sephardischen Gemeinde, den Herren Dr. Levy und Ingenieur Sumbul. Als Generalsekretär wurde Herr Michael Levy angestellt. In Novisaz soll das Kuratorium noch gegründet werden. Als Generalsekretär fungiert Herr Advokat Dr. Handler.

---

wenig weitgehenden — Forderungen stoßen. Darum sei Herrn Becker erwidert: Das Judentum ist denn doch weit mehr als ein Bekenntnis und greift in seinen Anforderungen an den Menschen ungleich weiter in dessen Eigenleben ein, als es eine Religion oder Konfession vermag. Im Judentum verbinden sich die Beziehungen zum Transzendentalen (das „Religiöse) und die zur Umwelt (das „Völkische", „Stammeshafte", „Nationnale") zu einer durch keinerlei anatomische Kunstgriffe zu trennenden Einheit. Ich darf wiederholen, was ich hier früher sagte, daß die Konstruktion der vom historisch-nationalen losgelösten „mosaischen Konfession" oder „jüdischen Religionsgesellschaften" die gleiche Assimilation an — wesensfremde — Begriffe und Gedankenkomplexe der nichtjüdischen Umwelt bedeutet, wie die Herrichtung einer ohne das Religiöse denkbaren „Nationalität"... Herr Hermann Becker will deutsche Staatsbürger erziehen und daneben auch das religiöse Bekenntnis pflegen. Nun, Herr Becker, der Staatsbürger ist gewiß, richtig verstanden, etwas Großes und Wertvolles, aber es ist nicht das Letzte und Größte, vor allem nicht Endziel, sondern Begleiterscheinung. Das Hauptziel jeder Erziehung und ganz besonders der jüdischen, muß der Mensch sein. Erziehen wir Menschen, d. h. junge Leute, die nicht nur theoretische Kenntnisse jüdischer Sittenlehre besitzen, sondern das Judentum in ihrem Privatleben in religiöser, sexueller, berufsethischer, sozialer Art leben —: diese Menschen sind, Herr Hermann Becker, auch ohne weiteres und mit Naturnotwendigkeit Staatsbürger, und zwar bewußte. Denn aus dem Begriff des jüdischen Persönlichkeitsideals, des harmonischen Menschen mit Verantwortlichkeitsgefühl, wie ihn das Judentum erstrebt, folgern Pflichtbewußtsein, Opferfreudigkeit, Gemeinsinn, Treue und soziale Gesinnung, mit anderen Worten: Staatsbürgertum. Und weiter: Sie können vielleicht oder sogar wirklich mit dem Prinzip der „Pflege des religiösen Bekenntnisses" so „neben" dem anderen christliche Kinder erziehen. Denn hier handelt es sich um einen zunächst an Umfang unendlich geringeren Lehrstoff, der durchgegangen werden soll, und außerdem kommt das Gros der christlichen Kinder aus christlichen, d. h. aus mit den Grundgedanken des Christentums vertrauten Häusern und saugt außerdem in der Literatur und in anderen Lehrgebieten des Schulplans, ferner aber bei so vielen Gelegenheiten des — in praxi doch immer noch — christlichen Staates so viel christliche Anschauungen und Begriffe in sich auf, daß ihm nichts Christliches fremd bleibt. Ganz anders liegen bei uns die Dinge. Wir sind eine kleine zersplitterte Minorität unter einer glaubensverschiedenen Majorität, die nicht aus dem öffentlichen Leben um sich herum, aus dem Geist der Umwelt, ihre ständig wirkenden und erneuernden Impulse empfängt, sondern die sich — in bewußter Reaktion gegen die nivellierende, abschleifende, christianisierende Umgebung — immer wieder in jeder Generation aus Eigenem ihr Judentum erlernen muß."

Weizmann und Jabotinsky in Amsterdam.

Die Anwesenheit Londoner Gäste bedeutete für das jüdische Amsterdam ein Ereignis. Zunächst fand ein engeres Parteimeeting statt, auf welchem Prof. Weizmann auf die verschiedenen Begrüßungen unter anderem ausführte:

Wir Zionisten befinden uns in einer solchen Lage, daß es nunmehr für uns kein Zurück gibt. Unser ganzes Tun und Lassen wird von der Welt kontrolliert und beurteilt, und wehe, wenn die Welt uns verurteilt. Sie werden in kurzer Zeit die genauen Bestimmungen des Mandats über Palästina lesen können. Diese Bestimmungen, das hängt von euch ab, können ein Blatt Papier werden, oder wenn sie wollen, eine Magna Charta. Das wird nicht nur für unsere Generation, sondern auch für die künftige Generation ein Stück großer Arbeit sein. Die Türen Palästinas stehen offen, der Schlüssel zu diesen Toren liegt in eurer Hand.

Was die Grenzen Palästinas betrifft, bin ich mit diesen auch nicht zufrieden. Das Wort Litani klingt in allen Straßen. Der Verlust ist für uns schmerzhaft, aber wir können ohne den Fluß auch leben. Uebrigens müssen wir nicht alles tun. Unsere Kinder können auch noch arbeiten. Ueber die Litani ist schließlich und endlich noch nicht das letzte Wort gesprochen worden. Wir sind keine Partei mehr, wir sind ein internationales, politisches Problem geworden. Wir müssen jetzt schaffen und das, was wir erreicht haben gut machen. Wir müssen auf unsere eigenen Kräfte bauen. Auch jetzt gibt es vielleicht Zionisten, die sich auf die Regierungen stützen werden. Das ist eben unsere Schwäche.

Ich habe vor vierzehn Tagen Gelegenheit gehabt, mit einem der größten englischen Männer zu sprechen. Er warnte mich und machte mich darauf aufmerksam, daß keine Regierung, keine organisierte Macht imstande war, das zu erreichen, was wir erreicht haben. Wir haben das erreicht, nicht mit Macht, sondern auf moralischem Wege. Die jetzige Zeit der Demokratie ist die geeignetste dafür. Wer weiß, ob wir nicht in Zukunft vor einer neuen konservativen Weltordnung stehen. In einer konservativen Welt könnten wir sicher das nicht erreichen, was wir erreicht haben. Benützt also diese Zeit, um etwas zu schaffen. Die Türen Palästinas stehen offen. Tausende und abertausende Heimatsloser warten, um hineinzukommen. Diese zurückzuweisen, warne ich euch! (Stürmischer Beifall.)

Am 2. Jänner fand ein großes Massenmeeting statt, an welchem auch der englische Gesandte aus dem Haag, Sir Ronald Graham, teilnahm. Dieser dankte für den warmen Empfang und hob hervor, daß der stürmische Beifall eigentlich nicht ihm gehöre, sondern der britischen Regierung. Er bemerkt, daß jetzt die Zeit gekommen ist, wo die Solidarität der Juden, insbesondere der verschiedenen Gruppen in Palästina, am notwendigsten ist, und daß die weitere Gestaltung und Entwicklung der Verhältnisse in Palästina von den Juden selbst abhängt.

Wladimir Jabotinsky erklärte: Es gibt zwei Arten von Propaganda, die eine ist die beschlichtende, das ist die, wo alles verschönert wird, um auf diese Weise zur Tat anzueifern. Die andere ist die erschwerende, wobei direkt gesagt wird: Siehe, wie schwer es ist. Die erste Art ist bestimmt für Schwächlinge, die zweite dagegen für Männer solcher Völker, die sich berufen fühlen, neue Staaten zu schaffen und zu organisieren. Zu diesen Völkern gehört auch das jüdische Volk, welches, gestützt auf die zweitausendjährige Tradition, durchhalten konnten, um jetzt wieder die ungeheure Mission und Aufgabe erfüllen zu können. Wenn jemand glaubt, daß die Türen offen bleiben, bis es die Juden für angenehm finden werden, hinzugehen, der irrt sich! „Hic Rhodus — hic salta!" Hier muß man zugreifen, und das kann nur verwirklicht werden, wenn wir arbeiten und schaffen. Wenn man im Osten Blut und Feuer sieht, kann man nicht kleinlich denken, man muß die untergehende Masse vom Unglück wegreißen, und wenn sie etwas schaffen wollen, müssen sie etwas Ebenbürtiges schaffen. Man muß bauen, und etwas Ewiges. Man muß ein- für allemal die Tragödie wegschaffen. Den Judenstaat bauen wir oder wir bauen ihn nicht! Mit solch einer Frage und solch' einer Aufgabe haben wir zu rechnen.

Alles wird man entbehren müssen, um bauen zu können, denn nur dies ist das System, worauf das Judentum im zwanzigsten Jahrhundert gebracht werden soll. Und darauf

---

ihr Treiben auf das Ausland hervorruft. Ueberaus bedauerlich ist es jedoch, bei dieser Gelegenheit feststellen zu müssen, wie schlecht noch immer die Engländer über Deutschland unterrichtet sind. Wenn selbst eine so angesehene wissenschaftliche englische Zeitschrift, durch das gemeingefährliche Treiben des sogenannten „wissenschaftlichen" Antisemitismus irregeführt, derartige verschrobene Urteile über das deutsche Nationalgefühl abgibt, so darf man sich nicht wundern, wenn in geistig minder hochstehenden Kreisen Englands noch viel schroffere Urteile in dieser Hinsicht gefällt werden. Es ist zum mindesten sehr übertrieben, die vom unreifen, und die antisemitische Hetze als Geschäft betreibenden skrupellosen Personen ausgehenden Angriffe gegen Einstein als Ausfluß des deutschen Nationalgefühls hinstellen zu wollen, wogegen jeder anständige Deutsche aufs entschiedenste protestieren muß. Von wirklichen deutschen Wissenschaftlern deutscher Herkunft hat, unseres Wissens, kein einziger den Juden Einstein angegriffen. Im Gegenteil, gerade die hervorragendsten deutschen Vertreter seines Faches — es sei nur auf die für ihn mit Entschiedenheit eintretende Erklärung der Herren Nernst, v. Laue und Rubens, von denen die beiden Ersten Träger des Nobelpreises sind, hingewiesen — sind seiner wissenschaftlichen Bedeutung in jeder Beziehung gerecht geworden, so daß er gerade durch das Eintreten seiner hervorragendsten deutschen Fachgenossen für ihn in Berlin und in Deutschland zu bleiben beschloß.

In diesem Sinne schrieb Einstein auch dem Unterrichtsminister Haenisch: „Ich habe in diesen Tagen erlebt, daß Berlin die Stätte ist, mit der sich durch menschliche und wissenschaftliche Beziehungen am meisten verwachsen bin. Einem Ruf ins Ausland würde ich nur in dem Falle Folge leisten, daß äußere Verhältnisse mich dazu zwingen."

Somit ist auch der Vorschlag des „Athenaeum", Einstein an eine englische Universität zu berufen, vollkommen hinfällig geworden.

Dr. S. Gewürz.

Ueber Heinrich Heine und die Republik

gibt Dr. Heinz Welti in einer Plauderei im „Vorwärts" interessante Einzelheiten zum politischen Bekenntnis des großen Dichters. Heines politischer Journalismus ist ein interessantes Kapitel. Die verblüffende Aktualität, die uns aus so mancher Zeile der politischen Prosa dieses ersten großen deutschen Journalisten entgegenweht, ist keine bloße Zufallserscheinung, sondern das Produkt einer genialen Erkenntnis, die dem Prozeß geschichtlichen Werdens mit hellseherischen Blick nachspürt, und das Erahnte und Erschaute in Formulierungen gießt, die an keine Zeit gebunden sind. Das gilt in ganz besonderem Maße von Heines Verhältnis zur republikanischen Staatsform. Republik oder konstituierende Monarchie, das ist ein Problem, das den Dichter-Politiker seit seines Lebens aufs angelegentlichste beschäftigt hat. Wie immer aber auch Heines Stellung zu dem politischen Problem: Monarchie oder Republik gewesen sein mag, feststeht jedenfalls, daß Heine über ein kommendes republikanisches Deutschland Ideen entwickelt hat, die seiner Prophetengabe ein glänzendes Zeugnis ausstellen. In Artikel IX der „Französischen Zustände" vom 16. Juni 1832 schrieb er z. B. aus Paris: „Es ist leicht vorauszusehen, daß die Idee einer Republik, wie sie jetzt viele deutsche Geister erfaßt, keineswegs eine vorübergehende Grille ist... Ich glaube nicht sobald an eine deutsche Revolution und noch viel weniger an eine deutsche Republik; letztere erlebe ich auf keinen Fall; aber ich bin überzeugt, wenn wir längst ruhig in unseren Gräbern vermordet sind, kämpft man in Deutschland mit Wort und Schwert für die Republik. Denn die Republik ist eine Idee, und noch nie haben die Deutschen eine Idee aufgegeben, ohne sie in allen ihren Konsequenzen durchgefochten zu haben." Dies Heine-Wort ist mehr als es sein Urheber wohl ahnen mochte, heute zur Wahrheit geworden. Unter dem Zwang weltgeschichtlicher Tatsachen ward die Idee der deutschen Republik aus dem Reich des Gedankens in Tat und Wirkung umgesetzt.

Vor hundert Jahren.

Ein interessantes Streiflicht auf die Rechtsverhältnisse der thüringischen Juden vor 100 Jahren wirft ein Dekret des Großherzogs Karl August vom 10. Dezember 1820 an den getreuen Landtag, das auf eine Beschwerde der Stadt Eisenach Bezug nimmt. Er zerstreut darin die Besorgnis der städtischen Behörden darüber, daß die der Witwe Rothschild gestattete Aufnahme eines Schwiegersohnes in ihre Handlung „eine neue jüdische Niederlassung" und eine weitere Vermehrung der jüdischen Familien am Ort zur Folge haben möchte. „Da sich aber die Zahl der israelitischen Glaubensgenossen im Großherzogtum bereits auf nahezu 1200 beläuft, so sei die Gesetzgebung über den jüdischen Verkehr, als über die moralische und bürgerliche Verbesserung der Juden ein Gegenstand der besonderen landesfürstlichen Fürsorge" geworden. Es wird dann noch darauf hingewiesen, daß der Regierung zu Eisenach der Auftrag erteilt worden sei, einen Entwurf für eine umfassende Judenordnung aufzustellen. Demselben Landtag lag wenige Monate später eine Eingabe der jüdischen Bewohner des Patrimonialamts Lengsfeld vor, die Befreiung von allen damals noch üblichen „besonderen jüdischen Abgaben" und hinsichtlich ihres Gewerbes Gleichstellung mit dem christlichen Teil der Bevölkerung verlangte. Dieses Gesuch gab dem Landtag Anlaß zu einer Besprechung über die Verhältnisse der Juden in staatsbürgerlicher Erziehung. Ein Sondergesuch eines jüdischen Einwohners aus dem gleichen Patrimonialamt bezog sich auf die ihm verweigerte Erlaubnis, sich in dem Flecken Nihla niederzulassen. Aus beiden Gesuchen geht ebenfalls hervor, welche Sonderstellung sie einnahmen. Die erwähnte Judenordnung änderte übrigens nichts wesentliches an diesem Zustand.

auch wurde der Keren Hajessod aufgebaut. Er bettelt nicht um Ersparnisse, sondern basiert auf der größten und ältesten Tradition, auf Massor. Ein Zehntel gehört dem Staat und das muß jeder Jude leisten! Der Unterschied zwischen Zionisten und Nichtzionisten ist abgeschafft! Die großen Mächte kennen nur Juden, und ob Zionist oder Nichtzionist, er trägt dieselbe Verantwortung.

Professor Weizmann: Wir müssen den Aufbau auf drei Dinge stützen. Erstens auf den Ackerbau. Palästina ist kein fertiges Land, es muß erst geschaffen werden zu einem solchen. Das Land ist verwüstet, und so wie Frankreich seine verwüsteten Gebiete wiederherstellt, so müssen wir Palästina aufbauen. Für uns ist es aber schwieriger als wie für den Franzosen, denn dieser Aufbau geht nicht von einer Stelle aus, sondern muß von Amsterdam, Warschau, London, Chikago aus gemacht werden, und unsere Anstrengungen müssen auch von dort ausgehen. Dazu haben wir keine Ackerbauer, wir müssen diese erziehen, denn wenn unser Ackerbauer so sein soll wie der russische Muschik, dann ist die Lage sehr traurig. Jeder Fuß Landes muß freigemacht werden. Große, halbe oder viertel Landstreiche müssen bearbeitet werden und das in großem Maßstab. Der ganze Süden von Palästina ist leer.

Die zweite Aufgabe ist die industrielle. Die Mittel, die vorhanden sind, sind bedeutend genug. Und das war der Grund, warum wir die Wasserkraft, die uns abgesprochen worden ist, verlangt haben. Der Jordan gehört uns, und was dem Jordan gehört, gehört ihm.

Die dritte Aufgabe ist der geistige Aufbau und das gerade bei den Juden. Der Jude fragt nach einer Schule, gerade wie nach einem Zelte. Zwar gibt es unter den Zionisten solche, die anders denken, das sind die sogenannten praktischen Zionisten, welche einfach hier übertragen und anpassen wollen, was sie in anderen Schulen gelernt haben. Wir Juden können das nicht tun. Wir bauen auf einer zweitausendjährigen Tradition und setzen die alte Geschichte fort, und eben darin liegt unsere Stärke. Sollten wir ohne Tradition zu bauen beginnen, dann würde vielleicht auch das geschehen, was geschehen soll, aber wir würden in diesem Falle kein jüdisches Palästina haben. Alle Juden sollen es machen! Wir rufen alle Juden zur Arbeit und hier liegt eben die Schwierigkeit, die man überwinden muß!

Wir arbeiten nicht im Dunkeln, nur im Tageslicht. Ja, wir werden überwacht. Jede Tat, jedes Unterlassen wird zum Gegenstand großer Debatten gemacht. Ich habe meines getan und kann meine Arbeit aufweisen. Was habt ihr gemacht? Uns hat die Balfoursche Deklaration in eine solche Lage versetzt, daß es kein Zurück gibt. Wir aber werden euch in eine solche Lage stellen, wie es während des Krieges in Belgien, Frankreich oder in England war. Wer keine Soldatenmütze aufhatte, der wurde auf offener Straße gelyncht! Wer kein Massor zahlen wird, der wird sich auf der Straße nicht zeigen können, denn er wird nicht nur von den Juden, sondern auch von den Christen verachtet. Wir wollen den Arabern unsere Kultur nicht aufzwingen, wir wollen nur unsere schaffen und fortsetzen. Sie haben genug, wo sie sich ausdehnen können. Wir wollen nur in Palästina bleiben. Es ist ganz schrecklich, was man auf den Straßen sieht, die überfüllt sind von wandernden Juden aus dem Osten, die trostlos zugrunde gehen. Und ihr habt noch den Mut und das Herz, zuzusehen und zu schweigen!? Ihr habt die heilige Pflicht, denen zu helfen, und wenn ihr das nicht tut, dann kann diese Gefahr auch euch drohen! Ich sage, die Tore von Palästina stehen offen, die Schlüssel aber sind nicht bei uns, sondern nur in ihren Händen. Ihr könnt tun, was ihr wollt, wir müssen im Moment, wo Tausende vor diesen Toren stehen, zeigen, daß wir wenigstens Zehn-, Zwanzig- oder Dreißigtausend empfangen können. Heute verlangt man nur einen Teil, morgen wird man vielleicht schon den ganzen Körper verlangen müssen.

Oesterreich.

Die Sorgen der Wiener.

Die Sektion „Austria“ des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines berief für den 26. Jänner 6 Uhr abends in den Vortragssaal des Elektrotechnischen Institutes ihre diesjährige Generalversammlung ein. Mit Rücksicht darauf, daß eine Gruppe einen Antrag auf Nichtaufnahme der Juden in die Sektion eingereicht hatte, war der Saal lange vor Beginn der Versammlung überfüllt, so daß Hunderte von Mitgliedern keinen Einlaß erhalten konnten. Insbesondere die Deutschnationalen unter Führung des berüchtigten Dr. Riehl hatten eine intensive Agitation zum Besuche der Versammlung entfaltet, und hatten frühzeitig den größten Teil des Saales besetzt.

Obmannstellvertreter Dr. Baum wies in seiner Eröffnungsansprache auf den außerordentlich starken Besuch der Versammlung hin, der wohl auf den vorliegenden Antrag zurückzuführen sei. Der Ausschuß habe beschlossen, sich in dieser Frage neutral zu verhalten (Beifall) und sich weder an der Debatte noch an der Abstimmung zu beteiligen.

Auf den Vorhalt eines Versammlungsteilnehmers verlas der Vorsitzende einen Antrag mehrerer Mitglieder, der dahin ging, daß gegen die etwaigen Beschlüsse Protest eingelegt wird, da die Mitglieder nicht rechtzeitig verständigt wurden.

An diesen Antrag knüpfte sich eine stürmische Geschäftsordnungsdebatte, in welcher einzelne Redner für und andere gegen die Schließung der Versammlung sich aussprachen. Die Kontraredner verlangten eine Abstimmung darüber, ob die Versammlung trotz des vorliegenden Protestes abzuhalten sei. Zu letzteren zählte auch Dr. Riehl.

Der Buchdrucker Holzhausen konstatierte, daß er die Einladungen erst vor sechs Tagen absenden konnte und daß die verspätete Zustellung der Einladungen dem Poststreik zuzuschreiben sei. (Stürmische Rufe: Wir erhielten die Einladung erst vor zwei Tagen.)

Nach einer stürmischen Debatte leitete der Vorsitzende die Abstimmung über die sofortige Abhaltung der Versammlung ein. Der Antrag wurde mit überwiegender Majorität zum Beschluß erhoben, desgleichen ein Antrag des Richard Weiß, den Arier-Antrag als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Nun verlangten einzelne Teilnehmer, daß die Hunderte, welche keinen Einlaß gefunden hatten, in den Saal gelassen werden.

Vorsitzender Dr. Baum: Ich werde soeben verständigt, daß hiedurch eine Gefahr für die Versammlungsteilnehmer entstehen würde. Aus diesem Grunde kann die heutige Versammlung nicht stattfinden und ich erkläre dieselbe für geschlossen. Die Einberufung der nächsten Versammlung wird rechtzeitig bekannt gegeben werden. (Stürmische Protestrufe: Abstimmen!) Dr. Baum beharrte bei seiner Enunziation, worauf die Versammlungsteilnehmer unter großer Erregung den Saal verließen.

Ungarn.

Neue Pogromhetze.

Aus Budapest wird berichtet: Von den Verhandlungen zwischen der ungarischen Regierung und Tschitscherin, wegen eines eventuellen Austausches der verurteilten Volkskommissäre mit den in Rußland in Haft gesetzten ungarischen Geiseln, ist es jetzt ganz still geworden. Hingegen arbeiten die „Erwachenden Ungarn“ mit allen Mitteln, um die Bevölkerung von Budapest und der Provinz gegen die Befreiung der Volkskommissäre aufzuhetzen. In letzter Zeit wird in ganz Ungarn in Hunderttausenden von Exemplaren ein Flugzettel verteilt, der direkt zum Pogrom gegen die Juden aufruft, für den Fall, als die verurteilten Volkskommissäre nicht hingerichtet oder dem Zuchthause überantwortet werden. Nach den aufreizendsten Verleumdungen gegen die Juden heißt es in diesem Flugzettel schließlich:

„Kannst du es geliebtes Ungarn, dulden, daß der Generalstab deiner Entehrer, die Oberhelfer, die Volkskommissäre unter dem „christlichen“ Kurs mit Begünstigung der „christlichen“ Regierung hohnlachend in Salonwagen sich aus dem Lande entfernen, welches sie in des Wortes wahrsten Sinne zu einem Friedhof gemacht haben? Sie sagen, es komme die Rechtsordnung, wohlan denn! So sei denn die Rechtsordnung, wenn eine Regierung nach erfolgtem Urteilsspruch des Gerichts mit den in Sicherheit brüllenden und drohenden, über das Leben der hier steckengebliebenen Mitglieder der Räuberbande einen Kuhhandel beginnt? Sie sprechen von der Rache des Tschitscherin?! Haben wir denn nicht auch Geiseln, befinden sich denn nicht noch die Angehörigen der geflüchteten jüdischen Volkskommissäre unter uns? Wir lassen das Wort der Wahrheit nicht verschachern!“ Unterschrieben ist diese Schandschrift: „Das Ungartum, das Rechenschaft verlangen wird.“ Diese Flugzettel werden von den Behörden unbeanständet verbreitet und es ist begreiflich, daß die jüdische Bevölkerung, besonders der Provinz, durch diese Aufreizungen in ständiger Aufregung lebt.

Polen.

Die jüdischen Kleinhändler beim Finanzminister.

(Jüd. Korr.-Bur.) Finanzminister Steczkowski lud die jüdischen Kleinhändler zu einer Konferenz ein, um sich über ihre Lage zu informieren. Die erschienenen jüdischen Vertreter erklärten, daß ihre wirtschaftliche Lage nur im engen Zusammenhang mit einer radikalen Lösung der Judenfrage in Polen verbessert werden kann. Die Deputation forderte die Abänderung des Sonntagsruhegesetzes, damit die jüdischen Kleinhändler nicht gezwungen werden, zwei Tage in der Woche zu feiern, sowie die Zulassung von Vertretern der jüdischen Kleinhändler in sämtlichen Steuerkommissionen.

Streik der jüdischen Mittelschullehrer.

(Jüd. Korr.-Bur.) Gestern sind die jüdischen Mittelschullehrer in den Streik getreten, da sie eine Besserung ihrer Lebensbedingungen auf anderem Wege nicht durchsetzen konnten.

Balachowicz zur Verantwortung

Der Klub der jüdischen Abgeordneten im polnischen Sejm bereitet einen Dringlichkeitsantrag an die Regierung vor, den General Balachowicz für die Mordtaten und Räubereien, die er und seine Generäle und Truppen auf polnischem Gebiete an der jüdischen Bevölkerung begangen haben, zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen.

Kurse für zionistische Instrukteure und Beamten in Polen.

Das Zentralbüro der Zionistischen Organisation für Polen hat in Warschau Kurse für zionistische Instrukteure und Beamte eingerichtet. Es werden dort Vorträge gehalten über: 1. Theorie des Zionismus, Entwicklung und Richtung. 2. Jüdische Parteien. 3. Politische und soziale Strömungen bei anderen Völkern. 4. Grundlagen der zionistischen Gegenwartsarbeit. 5. Grundlagen der zionistischen Kulturarbeit. 6. Palästina im Rahmen der Weltpolitik. 7. Organisationsprinzipien der Zionistischen Organisation. 8. Die rechtliche Lage der Juden in der Diaspora. 9. Geschichte der jüdischen Kolonisation Palästinas. 10. Emigrationspolitik und Palästinaarbeit. 11. Konstitutionelles Recht und Parlamentarismus. 12. Agitation. 13. Sammlung von statistischen Angaben. 14. Aufgaben eines zionistischen Instrukteurs. Die Dauer der Kurse beträgt 6 Wochen. (Z. K.)

Litauen.

Emigrantenelend.

(Jüd. Korr.-Bur.) In den letzten Tagen sammelten sich in Danzig etwa 10.000 jüdische Emigranten aus Litauen und Weißrußland, die im Besitze ordentlicher Pässe der litauischen und weißrussischen Regierung sind, und trotzdem wochenlang auf das amerikanische Visum warten müssen, weil die amerikanischen Konsulate die litauischen und weißrussischen Pässe nicht anerkennen wollten. Wegen des großen Emigrantenelends hat die Danzinger Jointabteilung eine öffentliche Ausspeisung eingerichtet, wo täglich 500 Mittagsmahlzeiten den mittellosen Emigranten verabfolgt werden.

Ukraine.

Ermordung der „Joint“-Delegierten.

Wie noch in allgemeiner Erinnerung, wurden vor einigen Monaten die Joint-Delegierten Dr. Kantor und Prof. Friedländer, als sie eine Automobilfahrt durch einige jüdische Städte in Podolien unternahmen, um Hilfsgelder an die Lokalkomitees zu verteilen in der Nähe von Jarmelinetz ermordet. Von wem der Mord verübt wurde, blieb unbekannt. Die polnische Presse schob ihn bolschewikischen Soldaten in die Schuhe. Nun wurde, wie der „Moment“ berichtet, bei der Sichtung des Automobilparks, der den über die galizische Grenze getretenen Petljura-Banden abgenommen worden war, ein Automobil amerikanischer Herkunft gefunden. Die Nachforschungen der polnischen Militärbehörden ergaben, daß dieses Automobil dem Joint-Komitee in Polen gehört. Durch die weitere Untersuchung wurde festgestellt, daß dies das Automobil sei, welches Professor Friedländer und Dr. Kantor benützten, als sie ermordet wurden. Das Auto wurde dem Joint zurückgestellt. Es ist nun festgestellt, daß nicht bolschewikische Soldaten, sondern Petljura-Banden die Mörder der beiden Joint-Delegierten waren. Werden die Räuber, welche sich wahrscheinlich unter den in Polen internierten Petljura-Banden befinden, ausgeforscht und abgeurteilt werden?

Amerika.

Oberrabbiner Dr. Chajes in New York.

(J. C. B.) Der Wiener Oberrabbiner Dr. Chajes ist in New York eingetroffen und wurde von verschiedenen Deputationen jüdisch-amerikanischer Gesellschaften und Parteien mit großen Ovationen empfangen.

Erez Israel.

Politisches.

Die Lage in Palästina.

„Palestine“ veröffentlicht einen Brief ihres Jerusalemer Korrespondenten vom 25. Dez. v. J., welcher lautet:

Die Entscheidung über die Grenzen hat hier sehr große Enttäuschung hervorgerufen. Wie es scheint, wurde jede Forderung der Franzosen angenommen und wir alle fragen uns jetzt, ob es möglich sein wird, die großen hydroelektrischen Unternehmungen durchzuführen, von welchen die ganze wirtschaftliche Zukunft Palästinas abhängt. Ohne den Litani, ohne den Jarmuk, mit nur dem halben Tiberiassee ist nicht einmal eine teilweise Ausnützung der Wasserkräfte möglich, wenn die Franzosen sie nicht haben wollen. Wir hoffen, daß das Versprechen bezüglich der Ausnützung der Gewässer großzügig gehalten wird, aber das ist im günstigsten Falle nur ein halber Trost. Wir betrachten die Regelung der Grenzfrage unmöglich als dauernde Entscheidung.

Wir hatten jüngst in Haifa zwei Konferenzen von großem Interesse. Die erste war die Zusammenkunft von Vertretern von vier jüdischen Arbeiterparteien. Die jüdische Arbeiterschaft hier teilt sich, obzwar sie noch sehr schwach an Zahl ist, in zahlreiche Parteien, ein Umstand, der nicht nur alle schwächt, sondern auch keineswegs zur Nüchternheit und Zweckmäßigkeit aller Maßnahmen beiträgt. Vier dieser Parteien haben jetzt eine gemeinsame Organisation gegründet und werden mit der Zeit völlig miteinander verschmelzen. Das wird ein Segen sein. Vor kurzem gab es einige Streiks jüdischer Arbeiter, insbesondere einen in den Weinkolonien von Rischon und einen in einer kleinen Fabrik in Jaffa, die zu gewissen Ruhestörungen führten. Die Regierung, deren Haltung zu den Arbeiterstreitigkeiten etwas dunkel war, hat jetzt eine Kundmachung darüber erlassen. Sie erklärte, daß friedliche Ueberredung gesetzlich, Gewaltanwendung aber ungesetzlich sei und daß man Unternehmer und nichtstreikende Arbeiter während des Streiks ungehindert in die Unternehmungen eintreten lassen müsse.

Die zweite Konferenz war eine von arabischen Vertretern und ihre Hauptabsicht war, antizionistische Propaganda zu machen. Zweifellos hat die „Morning Post“ viel beigetragen, diese Agitation zu beleben, und es heißt, daß diese Agitatoren Beziehungen zu Mustafa Kemal und zu Unruhestiftern in Indien unterhalten. Die Konferenz ernannte zwei Delegierte, die nach England, und je einen, die nach Aegypten und Indien gehen sollen. Sie unterbreitete dem High Commissioner eine Petition, welche feststellt, daß die verschiedenen Elemente der arabischen Bevölkerung, die die Konferenz vertrete, von der gegenwärtigen Verfassung unbefriedigt seien und sich aus verschiedenen Gründen gegen sie wenden. (Es handelt sich hauptsächlich um die Unterstützung der zionistischen Absichten.) All das ist nicht ernst zu nehmen, weil die Bewegung ganz künstlich ist. Sie ist hauptsächlich vom Auslande her inspiriert und viele der Führer gehen nur auf Pfründen aus. So hat sich Arif el Arif, der Haupträdelsführer der Osterunruhen in Jerusalem, der geflohen war, in contumaciam zum Tode verurteilt, bei Herbert Samuels Besuch im Ostjordangebiet aber begnadigt worden war, zum Stellvertreter des Bezirkshauptmanns in Djenin ernannt worden und hat seinen Frieden mit der Regierung gemacht. Andere werden seinem Beispiel folgen.

Die Lage in Transjordanien ist nicht befriedigend. Die Regierung in London hat nicht gestattet, daß Truppen über den Jordan gehen, um Ostpalästina zu besetzen. Nur wenige politische Beamte wurden entsendet und beauftragt, eine Lokalregierung einzurichten und eine Gendarmerie aufzubauen, erhielten aber nur ungenügend Geldmittel. Die Bevölkerung von Ostpalästina braucht Frieden und eine gute Regierung. Sie würde die britische Herrschaft vorziehen, aber eine Verwaltung, die nichts von allem sichert, ist nach niemandes Geschmack. So ist das Land für alle unruhigen Elemente offen. Einige Bandenführer aus dem Hedschas sind jetzt in Maan und Amman und wollen angeblich einen Angriff auf Franzosen machen. Anderseits behauptet man, daß einige Scheichs aus dem Salzbezirk nach Damaskus abgegangen sind und die Franzosen aufgefordert haben, die Regierung des Landes zu übernehmen. Es ist ganz sicher, daß wir in nicht allzulanger Zeit eine militärische Besetzung Ostpalästinas werden durchführen müssen. Das bedeutet keine Erhöhung der militärischen Lasten, da die eigentliche militärische Grenze nicht der Jordan, sondern die Wüste bildet.

Gewerkschaftswesen.

Die jüdischen Arbeiter und Beamten der palästinensischen Eisenbahnen sowie des Post- und Telegraphenwesens haben sich zu einer Berufsgenossenschaft vereinigt. Ferner wurde in einer kürzlichen Sitzung des Beamtenvereines in Jerusalem beschlossen, einen Schlichtungsausschuß zu wählen. Denselben Beschluß faßten auch die Beamten und Angestellten der jüdisch-amerikanischen Sanitätsinstitution „Hadaßah“. Es wurde beschlossen, die neuen Organisationen der kürzlich gegründeten „Gesamtgewerkschaft aller Arbeiter Palästinas“ (Jchuth) anzuschließen. (Z. K.)

Wirtschaftliches.

Jüdisches Arbeiterleben.

303 Pioniere, welche auf der Landstraße Tiberias—Semack arbeiteten, halten wöchentliche Zusammenkünfte ab, auf denen sie zusammen mit zwei technischen Sachverständigen die Arbeit für die nächste Woche und alle Angelegenheiten, die das Leben der Arbeiter betreffen, besprechen. In einem den „Heißen Quellen“ von Tiberias benachbarten Gebäude haben die Arbeiter, von denen 19 junge Frauen sind, ein Lesezimmer, Studierzimmer und einen Speisesaal eingerichtet. Diese Arbeiter verdienen 30 bis 45 Piaster pro Tag, von welchen sie ca. 19 für ihre Ernährung ausgeben. 15 junge Mädchen und 5 junge Leute versorgen Küche. Der Gesundheitszustand der Arbeiter ist vorzüglich, weil sie verpflichtet sind, täglich Chinin zu nehmen. Nach Fertigstellung der Straße Tiberias—Semack wurde die Straße Tiberias—Tobeka in Angriff genommen, an der 1700 Einwanderer arbeiten. (Z. K.)

Einfuhrschwierigkeiten in Palästina.

In einem Briefe an das Deutsche Auslandsinstitut wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Ausstellung von Warenpreisen in deutscher Mark bei Lieferungen nach Palästina Anlaß zu mancherlei Schwierigkeiten gibt. Zur Vermeidung dieser Schwierigkeiten wird von dem Gewährsmann des Deutschen Auslandsinstitutes vorgeschlagen, Zollfakturen in ägypt. Piastern auszustellen, wobei der Einfachheit halber beim Stand der heutigen Valuta die Mark zu einhalb Piaster umgerechnet werden könnte, oder die Zollfakturen in engl. Pfund auszustellen. (Z. K.)

Der Verkehr zwischen Haifa und Damaskus.

Nachdem durch das kürzliche französisch-englische Abkommen die Eisenbahn Haifa-Damaskus teilweise englisch, teilweise französisch geworden ist, sind die beiden Direktoren übereingekommen, die Züge in beiden Richtungen unverändert fahren zu lassen. Nur die Maschinen und die Beamten werden ausgewechselt, und zwar in El Hama, der ersten Station östlich von Samach am See Genezareth. (Z. K.)

Die Aufforstung Palästinas.

(J. C. B.) In Jaffa wurde eine Aktiengesellschaft „Jaar“ begründet, mit der Aufgabe große Strecken Bodens an den Grenzen Palästinas zur Aufforstung des Landes und für die Errichtung von Holzsägen käuflich oder durch Pacht zu erwerben. Das Gründungskapital der Gesellschaft beträgt 40.000 ägypt. Pfund und wird von einem aus fünf jüdischen Großkaufleuten bestehenden Direktorium verwaltet. Die Gesellschaft ist auf die Dauer von 99 Jahren begründet, das Statut wurde von der palästinensischen Regierung genehmigt und vom Waad Hazirim bestätigt. Ein Teil des Profits wird alljährlich für die Gründung und Erhaltung einer Forstschule verwendet werden. Nach Ablauf der Vertragsdauer verfallen diese jährlichen Ersparnisse an die jüdische Behörde, die im Jahre 2020 an der Spitze des kulturellen Lebens in Palästina stehen wird.

Kulturelles.

Jüdisches Massenmeeting in Jerusalem.

(J. C. B.) Am 21. Jänner hat in Jerusalem eine jüdische Massenversammlung stattgefunden, in welcher die Herren David Yellin, Salomon Schiller, Dr. Mohalewer, Dr. Klausner, Feldmann-Radler und Hugo Bergmann über die Zukunft des hebräischen Schulwesens in Palästina, dessen Bestand und weitere Entwicklung infolge der geplanten Sperre der zionistischen Fonds für die Deckung des Schul- und Erziehungsbudgets arg gefährdet sei, sprachen. Die Redner sämtlicher Parteien wiesen auf den eminent politischen Charakter des hebräischen Schulwesens in Palästina hin, wodurch eine Entlastung der zionistischen Organisation gerade von diesen Aufgaben einfach unmöglich ist. Die Erziehungsarbeit in Palästina ist von größter Bedeutung für das Gesamtjudentum in der ganzen Welt. Die nationale Erziehung in Palästina und die hebräische Universität — schlossen die Redner — sei die Grundlage eines jüdischen Palästina. Für diese nationale Erziehung appelliert der Keren Hajessod an die Juden aller Länder.

Die Besiedlung.

Die Rückkehr der deutschen Benediktiner nach Jerusalem.

Der deutsche Zweig des Benediktinerordens, dem die Rückkehr nach Jerusalem gestattet wurde, hat die Verwaltung von Kirche und Kloster auf dem Berge Zion wieder den Beuronner Benediktinern zugesprochen. Es ist die Gründung einer eigenen Abtei auf dem Berge Zion ins Auge gefaßt. (Z. K.)

Die Rückkehr der Palästinadeutschen.

In Haifa landeten 30 deutsche Rückwanderer; es werden noch 260 erwartet. Sie haben sogleich begonnen, ihre Häuser, Ställe und Werkstätten wieder instand zu setzen. Ihre seit der Vorkriegszeit noch lagernden Waren haben sie wiedergefunden und ihre geschäftlichen Beziehungen wieder aufgenommen. Auch die Gemeindeangelegenheiten der deutschen Kolonie wurden neu geregelt. (Z. K.)

Die Palästinapläne in Amerika.

Das Palästinaamt der Zionistischen Organisation von Amerika beschloß, daß in jeder amerikanischen Stadt mindestens eine Gründung für Palästina propagiert werden soll. Nur die Anteile der großen Unternehmungen, wie Anleihe, Wasserkraftausnutzung, Elektrifizierung usw. sollen in ganz Amerika verbreitet werden. (Z. K.)

Verkehrsfortschritte.

Ueber Verkehrsverbesserungen in Palästina berichtet die „Neue Zürcher Zeitung“: Die Regierung hat beschlossen, zwischen Petach-Tikwah und Ras-el-Ain (Station der Cairo—Haifa-Linie) eine Normalspurbahn zu bauen. Die Arbeiten beginnen in einigen Wochen und sollen bis zum Frühjahr beendet sein. Dieselbe Kolonie erhält demnächst auch einen Anschluß nach Jaffa, vor allem um den Orangenexport zu erleichtern. Auch die Landstraße zwischen Jaffa und Sichem, eine der am meisten vernachlässigten und holprigsten Straßen im Lande, wird nun mit großem Eifer ausgebessert. Anderseits haben die Arbeiten zur Verdoppelung der Telegraphen- und Telephonlinien zwischen Jaffa und Jerusalem begonnen. Den Touristen wird noch eine weitere Bequemlichkeit gewährt durch die soeben eingeführten reduzierten Preise für Saisonreisebillets auf den Eisenbahnen des ganzen Landes. (Z. K.)

Jüdischer Sport

Gau Nordmähren-Schlesien des J. F. B.

Bei der am 16. Jänner 1921 stattgefundenen Gauvorstandssitzung wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Alle Klubs, die dem bei der Gautagung erhaltenen Auftrage aus den ihnen bisher übergeordneten Verbänden auszutreten noch nicht nachgekommen sind, haben ihre Austrittsanmeldung sofort an den Schriftführer des Gaues zu übersenden.

In die Hausordnung ist noch folgender Punkt einzusetzen: Ausgaben des Gaues bis 200 Kronen können ohne besondere Genehmigung auf Anordnung des Gauobmannes, Schriftführers und Kassiers verausgabt werden.

Der Gauvorstand hat im Laufe der nächsten Woche eine Besprechung mit den deutschen und tschechischen Gauvorständen zu veranlassen, zwecks Einheiten bei der Behörde betreffs der Lustbarkeitsteuer.

Jeder Klub ist berechtigt zu den Gauvorstandssitzungen einen Delegierten zu entsenden, der antragsberechtigt ist.

Die Gaubeiträge wurden wie folgt festgesetzt: Makabi Ostrau — Hakoah Olmütz — Makabi Teschen 100 Kr. — J. A. S. K. M. Ostrau — Hakoah Witkowitz — Hakoah Orlau 70 Kr. — Makabi Oderberg—Troppau —Neutitschein—Hruschau 50 Kr.

Diese Beträge sind auch für das Jahr 1920 zu bezahlen. Außerdem sind von jedem Wettspiel 5 Kr., von jedem Meisterwettspiel 10 Kr. an den Gau abzuführen.

Der Verbandsbeitrag beträgt 30 Kr. pro Klub und ist auch für das Jahr 1920 zu bezahlen.

Die Adresse des Verbandes ist: „R. Folkmann bei Gerstl, Prag I., Tynska 16“.

Alle Klubs sind verpflichtet die „Selbstwehr“ oder „Zidovske Spravy“ zu abonnieren, da Mitteilungen des Verbandes nur auf diesem Wege erfolgen.

Adresse an den Gau: „Max Weber, Straße der tschech. Legionen 6“.

Nächste Gauvorstandssitzung: 13. Feber 1921, 10 Uhr vorm.

Aus den Gemeinden

Mähr.-Ostrau.

Die regelmäßigen Vorträge im Verein Ahavath-Thora werden wieder jeden Samstag von 3 bis 4 Uhr nachm. abgehalten, und zwar trägt Herr Rabbiner Dr. Spira Schulchan-Aruch vor. Gäste willkommen.

*

Bibliothekstunden in der jüdischen Zentralbibliothek finden jeden Dienstag von ½6—½7 Uhr abds. im Beth-Hamidrasch-Zimmer der Jüdischen Volksschule statt. Das Publikum wird eingeladen, die Bibliothek eifrig zu benützen.

*

Aus der Theaterkanzlei.

Freitag, den 4. Februar findet die Aufführung der mit so großem Beifall aufgenommenen Operette „Der Obersteiger“ in Folge 1 rot statt.

Samstag, den 5. Februar geht zum ersten Male das Lustspiel „Was ihr wollt“ von William Shakespeare in Folge 2 gelb in Szene. Das Werk ist vom Spielleiter Reinhold Weiglin in Szene gesetzt; es wirken in den Hauptrollen die Damen: Hanna Fraya, Eleonore Murhammer, Jenny Rainert; die Herren: Ernst Teiß, Egon Engelmann, Max Gstöttner, Erwin Lehndorff, Hans Mahler-Marton, Otto Mazel, Eugen Neumann, Hugo Schneider und Reinhold Weiglin mit.

Sonntag, den 6. Februar, 3 Uhr nachmittags wird zum 20. Male Lehars Meisteroperette „Die blaue Mazur“ außer Dauer- und Stammsitz aufgeführt. — Die bei allen Aufführungen vor ausverkauftem Hause in Szene gehende Oper „Tannhäuser“ von Richard Wagner, die auch stets mit der größten Begeisterung aufgenommen wurde, gelangt abends halb 8 Uhr zur vierten Wiederholung.

Oderfurt.

(Goldene Hochzeit.) Am 7. Februar feiern Herr Leopold Königstein und Frau in seltener geistiger Frische das Fest der goldenen Hochzeit. Aus diesem Anlasse veranstaltet der israel. Tempelverein in Oderfurt, der gleichzeitig Herrn Leopold Königstein in seiner letzten Generalversammlung zu seinem Ehrenmitgliede ernannte, am Samstag, den 5. Februar um 10 Uhr vormittags im israel. Tempel in Oderfurt einen feierlichen Gottesdienst.

Straßnitz.

Am 16. Jänner l. J. nahm der Jüdische Sport- und Turnverein „Makkabi“ Neuwahlen vor. Es wurden wiedergewählt: Zum Obmann und Erzieher: Tb. Rebenwurzel Hans; zum Turnwart: Tb. Walter Eisinger; zum Schriftführer: Tb. Robert Eisinger; zum 1. Sportwart und Turnwart: Tb. Hugo Spitzer. Neu gewählt wurden: Zum 1. Obmannstellvertreter und 1. Kassier: Tb. Hermann Blaustein; zum 2. Obmannstellvertreter: Tschw. Lotte Weitzmann; zum 2. Kassier: Tschw. Arania Freifeld; zum 2. Turnwart: Tschw. Ella Spitzer; zum 2. Sportwart: Tb. Oskar Weitzmann.

Krakau.

Die Landeskonferenz der Vertrauensmänner des J. N. F. aus Westgalizien und Poln.-Schlesien findet am 7. Februar in Krakau statt. Als Gäste haben ihre Anteilnahme versprochen: der Generalsekretär des Keren Hajessod Haag; Herr Adolf Pollak, der J. N. F. Sekretär aus Warschau und v. a. — Programm: 1. Bericht für das Jahr 1920. 2. Ausgaben des J. N. F. in Palästina. 3. Organisation und Propaganda. 4. Kontegentierung. 5 Eventualien.

Alteisen!

Altmetalle und Hadern kauft auch in kleinen Quantitäten zu den höchsten Preisen **Oskar Flaumenhaft, M.-Ostrau, Kirchenplatz Nr. 4.** 935

MIEDER

Geradehalter für Schiefgewachsene, Leib- und Hüftenhalter, Miederleibbinden f. alle Zwecke nach ärztlichen Angaben. Reparaturannahme.

Miederhaus E. Lebowitsch, Mähr.-Ostrau, Hauptstr. 34. Tel. 700/2. Troppau, Oberring 52. Tel. 377/8.

Höchste Preise zahlt

für Brillanten, Juwelen, Platin, Gold, Silber, falsche Zähne und Antiquitäten, Reparaturen an Uhren und Goldwaren rasch und billig.

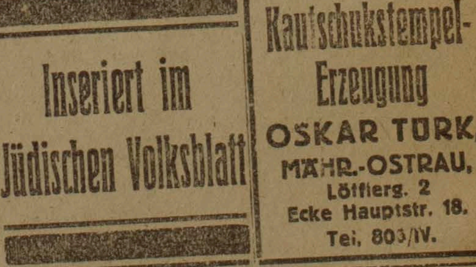
J. Borak, Uhrmacher, Mähr.-Ostrau, Bahnhofstr. 30.

Köchin

für rituelles Haus zu 2 älteren Personen gesucht. Offerte unter „Verläßlich“ an die Administration des Blattes.

Oberkantor Hermann Behr,

Konzertsänger und Konservatorist, geprüfter Musiklehrer, empfiehlt sich bei jüdischen Veranstaltungen und Akademien für künstlerische Vorträge von ostjüdischen Liedern. Am Repertoire über 100 Lieder. Rezensionen des In- und Auslandes stehen zur Verfügung. **Adr. Jägerndorf (Schlesien), Tempelring 17.**



KARTONAGEN- UND PAPIERWAREN-FABRIK RICHARD WEISSENSTEIN, IGLAU

empfiehlt sich zur Lieferung aller Arten **Kartonagen** von der einfachsten bis zur elegantesten Ausführung.

Spezialität: Kartonzuschnitte

für den Flachversand, die vom Empfänger fertiggestellt werden. Offerte u. Muster auf Verlangen.

H. Reiß' Ww. & Sohn, Mähr.-Ostrau, Lauben, Große Gasse

Eigene Wäsche-Erzeugung und Konfektion von Arbeiter-Kleidung. Niederlage Warnsdorfer Hosenzeuge.

Großes Lager selbstmanipulierter **TEXTIL-WAREN:**

Weben, Chiffone, Zephire, Kretonne, Damaste, Clothe, Oxforde, Kanevasse, Inlette usw. usw.

„Allgemeiner Zeitungsverlag“ Ges. m. b. H. — Verantwortlich Josef Stolle, Oderfurt.